

Brück, Tilman

Article

Der Euro-Stabilitätspakt - eine deutsch-griechische Tragödie: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Brück, Tilman (2010) : Der Euro-Stabilitätspakt - eine deutsch-griechische Tragödie: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 7, pp. 24-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151917>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Der Euro-Stabilitäts-Pakt – eine deutsch-griechische Tragödie

von Tilman Brück*

Die Bundesregierung dementiert zurzeit halbherzig, dass eine bilaterale Rettungsaktion zugunsten der griechischen Staatsfinanzen geplant sei. Fakt ist, dass solche Rettungsaktionen dementiert werden müssen, bis sie durchgeführt werden. Denn wer zu früh zu großzügige Unterstützung anbietet, der schafft Anreizprobleme für den zu Rettenden.

Doch wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass der Euro so unter Druck geraten konnte? Hatte nicht Deutschland peinlich genau darauf geachtet, dass mithilfe des Stabilitäts- und Wachstumspaktes genau diese Krisen verhindert werden würden?

Der Pakt hatte einen großen Vorteil. Er gab klare Grenzen für die Haushaltsdefizite vor und lenkte so die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Kassendisziplin der Euroländer. Hätten sich alle Länder immer strikt an den Pakt gehalten, so stünde der Euro heute viel besser da. Aber leider hatte der Stabilitätspakt auch mehrere Geburtsfehler, die ihm – und dem Euro – schließlich zum Verhängnis wurden.

Erstens definierte der Pakt recht willkürliche Anpassungspfade für die Staatsdefizite. Dies sorgte für Transparenz und Stabilität – ging aber auch auf Kosten von Wachstum. Alternative Regeln hätten hier einen besseren Ausgleich geschaffen und so ein Herumdoktern an den Regeln des Paktes vermieden.

Zweitens fokussierte sich der Pakt auf die Begrenzung der Defizite in schlechten Zeiten – und vergaß festzulegen, dass in guten Zeiten auch gespart werden muss. Es war also vergessen worden, die Staatsfinanzen über den gesamten Konjunkturzyklus zu betrachten. Und so versagten viele Euro-Länder. In relativ guten Zeiten wurde der Pakt gerade mal erfüllt. Und in schlechten Zeiten musste er dann überschritten werden. So höhlten die Euroländer den Pakt peu à peu aus.

Drittens war der Pakt mit zu wenig Biss ausgestattet, als dass sich die mächtigen Regierungen Deutschlands und Frankreichs wirklich gebunden fühlten. Die vermeintlichen Musterschüler nahmen sich wiederholt von dem Pakt aus und führten ihn so in die politische Bedeutungslosigkeit.

Dies rächt sich nun doppelt. Einerseits fällt es Deutschland viel schwerer, die Fiskalsünder zu ermahnen, wo die deutschen Staatsfinanzen strukturell ebenfalls nicht saniert sind. Der fehlende Wille in Deutschland, die Ausgabenstruktur anzupassen und in die Zukunft zu investieren, rächt sich nun in niedrigen Wachstumsraten. Andererseits fehlt jetzt ein glaubwürdiges und gemeinsames Instrument der Euroländer, in der Fiskalpolitik die Folgen der Finanzkrise gemeinsam zu meistern.

Deutschland wird Griechenland finanziell beistehen müssen, um Druck vom Euro abzuwenden. Aber dass es hierzu kommen musste, ist ein Armutszeugnis für die deutsche Währungs- und Finanzpolitik der letzten Jahre.

* Tilman Brück ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin und Professor für Entwicklungsökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Peter Haan
Alexander Eickelpasch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.